



Sendung vom 11.10.2001

Dr. Klaus Schroeder
Forschungsbund für den SED-Staat
im Gespräch mit Stephanie Heinzeller

- Heinzeller:** Ich begrüße Sie zu dieser Ausgabe des Alpha-Forums. Unser Gast kommt heute aus Berlin und hat mit dem Bundeskanzler den Nachnamen sowie das Interesse für die Politik gemeinsam. Ich begrüße den Politikwissenschaftler Dr. Klaus Schroeder. Herr Dr. Schroeder, Sie leiten den SED-Forschungsverbund an der Freien Universität in Berlin. Zuletzt ist von Ihnen das Buch "Preis der Einheit. Eine Bilanz", erschienen. Gehen wir zurück an den Ausgangspunkt der Einheit, in das Jahr 1989. Nach einer Umfrage hatten 43 Prozent der Deutschen Tränen in den Augen, als die Mauer fiel. Waren Sie emotional auch so bewegt?
- Schroeder:** Ich war emotional bewegt, aber Tränen hatte ich nicht in den Augen. Es war ein Augenblick, der an das Herz ging, aber dieses Freudetrunkene ist leider in Deutschland sehr schnell verschwunden. Zehn Jahre später herrscht eher Katzenjammer als Euphorie. Das ist die Kehrseite der Euphorie, dass man die Folgeprobleme nicht bedacht hat. Das war aber auch gut so, denn es ging erst einmal darum, dem Luft zu verschaffen, was 45 Jahre verdrängt war.
- Heinzeller:** Was war die größte Hoffnung des Politikwissenschaftlers Klaus Schroeder, wenn Sie an den 3. Oktober 1990, den Zeitpunkt der Wiedervereinigung denken?
- Schroeder:** Die Hoffnung war, dass das vereinte Deutschland weiter in der EU integriert bleibt, die Rolle einnimmt, die es vorher schon gespielt hat, Deutschland nicht großwahnsinnig wird und keinen neuen Sonderweg geht. Die Vereinigung sollte intern möglichst so verlaufen, dass es nicht zu gewaltigen Spannungen kommt, die das soziale und politische System in Frage stellen. Diese Prognose ist bei all den Problemen glücklicherweise eingetreten.
- Heinzeller:** Was war Ihre größte Befürchtung? Als Politikwissenschaftler hat man ja viele Prognosen im Hinterkopf, Prognosen dessen, was sich aus den gegebenen Strukturen entwickeln könnte.
- Schroeder:** Die Befürchtung war, dass das westliche Wertesystem, das über die Politik hinaus geht, in Frage gestellt wird und Deutschland doch wieder an einen Sonderweg anknüpft. Man hatte auch die Befürchtung, dass das rechtsextremistische Gedankengut wieder stärker zunimmt. All das habe ich auch befürchtet, wenn auch nicht in diesem Ausmaß, wie die meisten meiner Kollegen.
- Heinzeller:** Der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat zur Einheit gesagt, "sich vereinigen heißt auch teilen lernen", und Bundeskanzler Helmut Kohl hat die "blühenden Landschaften" versprochen. Würden Sie im Nachhinein sagen, dass in den Köpfen der Menschen ein bisschen zu wenig Weizsäcker und ein bisschen zu viel Kohl war?
- Schroeder:** Das ist eine komplizierte Frage, die sich zehn Jahre später natürlich leichter beantworten lässt. Meine Einschätzung ist: Wenn Kohl und die damalige

Regierung auf die Probleme hingewiesen hätten und vor allem auf die immensen Kosten, dann hätte ein Großteil der Westdeutschen gesagt, "stopp, mit uns nicht!", insofern sich das Teilen hauptsächlich auf die Westdeutschen bezieht, die zu Recht etwas aufgeben sollten, aufgrund der gemeinsamen und geteilten Geschichte. Ich glaube, man hätte nicht den Mut gehabt, diese Aufgabe anzupacken, wenn man immer nur die Probleme in den Vordergrund gestellt hätte. Etwas anderes ist es allerdings, dass Kohl und andere Politiker zu euphorisch auftraten, die Probleme zu sehr klein redeten und dadurch einen Erwartungsdruck erzeugten, der gar nicht zu erfüllen war. Hier hat die Politik einen Fehler begangen; sie hätte nüchtern sein müssen, ohne zu sehr auf die Probleme zu verweisen. Auf jeden Fall hätte sie keinen so hohen Erwartungsdruck erzeugen dürfen, denn daran kranken wir heute noch.

Heinzeller: Das ist ein Problem, das wir zehn Jahre nach Vollzug der Deutschen Einheit noch haben.

Schroeder: Die Erwartungen sind im Laufe der zehn Jahre immer noch weiter gestiegen. Damit hat weder die Leistungskraft noch die Leistungsbereitschaft Schritt gehalten. Schrauben wir die Erwartungen nicht zurück, dann werden wir immer neue Enttäuschungen produzieren.

Heinzeller: Sind die Gemeinsamkeiten heute größer oder kleiner als vor zehn Jahren?

Schroeder: Es kommt darauf an, welche Gemeinsamkeiten Sie meinen. Wir haben einen Fundus von Gemeinsamkeiten, den wir vorher hatten und den wir auch jetzt haben. Wir haben aber auch immer noch Trennendes. Wir haben eine institutionelle Einheit, gleiche Wirtschafts- und Sozialstrukturen, ein annähernd gleiches politisches System, jedoch von den Parteien her etwas unterschiedlich gewichtet. Wir haben aber in den Mentalitäten, im Habitus, im Verhalten, in den Erwartungen, in der Wertestruktur immer noch Trennendes. Wir haben leider auch Bereiche, in denen sich das Trennende noch verstärkt und vertieft hat.

Heinzeller: Wo sehen Sie diese Bereiche?

Schroeder: Diese Bereiche liegen in den Wertemustern, in der postmaterialistischen westdeutschen Gesellschaft, die sehr stark mittelschichtorientiert ist. Sie hat wenig Bezug zum Deutschsein, zur Nation, zum Bodenständigen; gewisse Tugenden werden da ausgeblendet, während die Ostdeutschen in ihrer Mehrheit immer noch "deutscher" sind und etwas enttäuscht, dass die Westdeutschen auch heute noch so gar nichts von der deutschen Einheit wissen wollen. Sehr wenige sind bis heute in die ehemalige DDR gereist, führten Gespräche usw. Die Ostdeutschen fühlen sich nicht ernst genommen und sind der Meinung, dass die Westdeutschen mit ihnen nicht viel zu tun haben wollen.

Heinzeller: Was hat sich für Sie persönlich als Politikwissenschaftler, der Sie in Berlin leben, lehren und forschen, verändert, abgesehen von den neuen Forschungsinhalten nach der Wiedervereinigung?

Schroeder: Für mich waren es neue Erfahrungshorizonte. Durch den Kontakt mit den Ostdeutschen, durch Vorträge, gemeinsame Projekte hat sich für mich eine neue Welt erschlossen, die mit der alten Welt konfrontiert wurde. Berlin ist der Schmelztiegel der Einheit. Hier treten die Probleme schärfer zu Tage, hier sind aber auch die Perspektiven erkennbar. Insofern denke ich, gerade für diejenigen, die in Berlin wohnen, hat sich eine ganze Menge auch im Westen verändert.

Heinzeller: Sie sind kein "gelernter DDR-Bürger", das ist auch im Zusammenhang mit Ihren Veröffentlichungen oft über Sie geschrieben worden. Sie sind in Lübeck 1949 in die Teilung Deutschlands hineingeboren. Sie fingen in Berlin an, Politikwissenschaften, Biologie und Volkswirtschaft zu studieren. Sie sind auch in einer politisch sehr interessanten Zeit nach Berlin

gekommen: Im Jahr 1969, als die 68er-Auseinandersetzungen noch brodelten. Hat Sie diese Zeit zu einem politischen Menschen gemacht?

Schroeder: Ich war vorher schon ein politischer Mensch. Ich bin in einer politisch denkenden Familie aufgewachsen und war schon im Gymnasium in einem Schülerarbeitskreis politisch aktiv. Ich ging damals bewusst nach Westberlin, um weiter politisch zu arbeiten, und fühlte mich von dieser Bewegung angezogen. Es war eine bewusste Entscheidung, nicht nur für das Studium in Berlin, sondern auch aufgrund des politischen Klimas dort.

Heinzeller: Wie haben Sie das empfunden? Es wird heute viel darüber diskutiert, auch im Zusammenhang mit einigen Regierungsmitgliedern. Haben Sie den Eindruck, dass vieles falsch dargelegt wurde, was da 1968 und in den Folgejahren an den Universitäten passiert ist?

Schroeder: Ja, hier werden die alten Schlachten noch einmal geschlagen und alte Niederlagen in Siege umgewandelt und umgekehrt. Ich persönlich sehe es so, dass es subjektiv eine wahnsinnige Aufbruchsstimmung gegeben hat. Man fühlte sich gut in diesem Milieu. Ich möchte diese Zeit nicht missen. Andererseits denke ich mir, dass es gut war, dass wir nicht an die Macht kamen, denn das, was diese Bewegung vertreten hat, ist sehr abenteuerlich, sehr antiwestlich, sehr antidemokratisch gewesen. Wir haben viele Dinge aus Naivität und Idealismus verwechselt. Wir sind auch Leuten auf den Leim gegangen. Politisch sind wir glücklicherweise gescheitert, aber in vielen Bereichen haben wir einiges verbessert. Wir haben manche Folgen damals nicht bedacht. Der Kampf gegen die Autoritäten, gegen die Konventionen hat nicht mitberücksichtigt, dass es bei anderen sozialen Schichten zu anderen Reaktionen kam. Insofern tragen wir Mitverantwortung für manche Formen sozialer Verwahrlosung, die wir heute leider noch antreffen.

Heinzeller: Würden Sie sagen, dass diese Form der Auseinandersetzung, die in Westberlin und an den westdeutschen Universitäten stattfand, den Ostdeutschen fehlt?

Schroeder: Ja, sie ist ihnen völlig fremd. Die DDR war eine Vor-68er-Gesellschaft und es gab diesen Aufbruch nicht. Es gab weder die negativen noch die positiven Folgen. Es blieb alles viel verkrusteter. Noch etwas zu den 68ern: Diese Bewegung hat zur Modernisierung der Bundesrepublik wider Willen beigetragen. Man hat hier alte, soziokulturelle Strukturen aufgebrochen, die nicht im Sinne der 68er verändert wurden, sondern den Kapitalismus, die soziale Marktwirtschaft, die Demokratie modernisierten. Das hat es in der DDR alles nicht gegeben. Für mich sind die 60er Jahre sozial, wirtschaftlich, aber auch wertemäßig das Schlüsseljahrzehnt in diesem Jahrhundert. Hier wurde der Systemwettbewerb zu Gunsten des Westens entschieden.

Heinzeller: Das war natürlich für den Politikwissenschaftler und Volkswirt eine spannende Zeit. Was hat die Biologie in Ihrem Studium zu suchen, denn das ist ja eine ungewöhnliche Kombination?

Schroeder: Das lag an der Schulausbildung. Ich hatte einen Biologielehrer, der den Stoff interessant gestaltete, und ich war fasziniert von der aufkommenden Genetik. Ich hatte mich entschieden für einen Studiengang Allgemeine Biologie und Genetik und habe das auch fast bis zum Abschluss studiert. Nach dem ersten Praktikum in Genetik, wo ich stundenlang durch das Mikroskop blicken und die mutierten Wesen in einem großen Wasserbehälter aussortieren musste, dachte ich mir, das ich das nicht mein Leben lang machen kann. Da habe ich mich für Politikwissenschaft entschieden mit dem Schwerpunkt Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Heinzeller: Was war nach dem Mauerfall Ihr erstes, neues und interessantes politikwissenschaftliches Forschungsfeld?

Schroeder: Es war im Dezember 1989, als ein älterer, grauhaariger Herr sächselnd vor

der Türe stand und mit mir sprechen wollte. Es war ein Wissenschaftler der TU Dresden, der vorschlug, zusammen ein Projekt zu entwickeln. Er wollte ausgewählte Betriebe im Dresdner Raum beobachten, um zu sehen, wie sie sich ökologisch und sozial auf die Marktwirtschaft einstellen. Er wollte diese Umstellungsprozesse beobachten. Das war mein Wechsel in die Forschung des geteilten Deutschland und dann kam speziell die DDR-Forschung. Nach einigen Besuchen und Gesprächen in Dresden war mit klar, dass ich den Transformationsprozess nicht verstehen kann, wenn ich nicht die DDR-Geschichte mitberücksichtige. So wandte ich mich 1990/91 der DDR-Geschichte zu.

Heinzeller: Daraus entstand der Forschungsverbund SED-Staat an der TU-Berlin.

Schroeder: Ja, der Forschungsverbund ist ein Zusammenschluss verschiedener Projekte. Wir haben zwischenzeitlich über 20 Projekte durchgeführt, zumeist aus Drittmitteln finanziert, deren Ergebnisse publiziert wurden in einer eigenen Buchreihe, aber auch in anderen Verlagen. Der Forschungsverbund war kein geschlossenes Institut, sondern ein verbindlicher Zusammenschluss verschiedener Projekte.

Heinzeller: Das steht alles unter dem großen Motto "Aufarbeitung der Geschichte des SED-Staates".

Schroeder: Nicht nur des SED-Staates, sondern des geteilten Deutschlands. Wir wollen über die DDR-Geschichte hinausgehen. Wir haben die Vorgeschichte miteinbezogen, die gemeinsame Geschichte des Nationalsozialismus, dann die Teilung und die deutsch-deutschen Beziehungen. Wir haben uns dann entschieden, den Vereinigungsprozess, den Transformationsprozess mitaufzunehmen in die Betrachtung, weil man die zehn Jahre nicht beurteilen kann, wenn man die 45 Jahre zuvor, die getrennten Erfahrungen und Entwicklungen, nicht mitberücksichtigt.

Heinzeller: Würden Sie sagen, dass das heute vorrangig ein akademisches Unterfangen ist, diese Aufarbeitung der gemeinsamen und geteilten Geschichte, dass dies also wenig verankert ist in der Bevölkerung, weil die Menschen damit beschäftigt sind, diese Teilung zu verarbeiten in dem Sinne, dass sie sich das Neue aneignen müssen?

Schroeder: Es gibt leider wenig Bezug zwischen den akademischen Forschungen und Erfahrungen und den Alltagserfahrungen. Wenn man mit den Leuten redet, dann merkt man, dass die Situation zehn Jahre danach viele berührt. Es gibt inzwischen feste Standpunkte, sowohl auf Ost- als auch auf Westseite. Ich würde mir wünschen, dass in diese Alltagsdebatte ein bisschen nüchternes Zahlenwerk hineinkäme, weil ich glaube, dass oft über Dinge gestritten und debattiert wird, die so überhaupt nicht mehr existent sind. Das ist die Schwierigkeit der Wissenschaft. Das liegt auch an den Wissenschaftlern selbst, weil sie es nicht verstehen, ihre Ergebnisse in die öffentlichen Debatten einzubringen. Daran mangelt es und wir bemühen uns jetzt, auch öffentliche Debatten anzuzetteln. Das ist ja auch der Sinn der Wissenschaft, nicht im Elfenbeinturm für Kollegen zu forschen, sondern Debatten anzustoßen.

Heinzeller: Sie haben gerade gesagt, dass man die Wiedervereinigung nicht verstehen kann und auch das, was danach passierte, wenn man nicht die 40 Jahre Teilung genauer analysiert. Wo würden Sie den größten prägenden, gesellschaftspolitischen Unterschied zwischen diesen beiden Systemen sehen?

Schroeder: Insgesamt gesehen standen sich 1989/90 zwei fundamental verschiedene Gesellschaften gegenüber. Das Gemeinsame von den vier Jahrzehnten zuvor war verblasst, die Sprache war vielerorts auch nicht mehr gemeinsam zu erkennen. Wir hatten eine andere Sozialstruktur, während die SED frühzeitig die sozialen und politischen Eliten vertrieben hatte. Wir hatten eine

ganz neue Elite mit einem anderen Selbstverständnis, ein anderes Sozialisationsmuster, ein anderes kulturelles Selbstverständnis und natürlich ein unterschiedliches Wirtschafts- und politisches System. Man hatte in jedem Bereich fundamentale Unterschiede, die die Verantwortlichen in Politik und Wissenschaft nicht mitberücksichtigten. Menschen sind keine Maschinen, die man über Nacht verändern kann. Das sind Prozesse, die viel länger laufen. Hier sind wir in vielerlei Beziehung zu ungeduldig.

Heinzeller: Liegt das vielleicht daran, dass das Interesse an der Vergangenheit gar nicht so groß ist, ebenso wenig wie die Aufarbeitung der SED-Geschichte? Vielleicht liegt dieses geringe Interesse auch daran, dass viele heute sagen, der SED-Staat sei gar nicht so schlimm gewesen. Er hat zwar die Menschen unterdrückt und viele um ihre individuelle Biographie gebracht, was den beruflichen Werdegang anbelangt, aber im Endeffekt war dieser Staat gar nicht so schlimm.

Schroeder: Er war im Vergleich zum NS-Staat nicht so schlimm. Ich betone das, weil ich diese Gleichsetzung, die manchmal passiert, als sehr beleidigend für alle Ostdeutschen empfinde. Das sollten wir unterlassen und stattdessen sagen, wo sich diese beiden Terrorsysteme, totalitären Systeme, ähnlich sind und wo sie sich unterscheiden. Den NS-Staat kann man - wenn überhaupt - in seinen Verbrechen mit der stalinistischen Sowjetunion vergleichen, aber nicht mit der DDR. Nach 1945 haben wir erst in Westdeutschland und dann in der Bundesrepublik die Erfahrung gemacht, dass die Verdrängung sehr schnell auf die Tagesordnung kam, dass die Integration der Verantwortlichen und der Mitläufer im Vordergrund stand und eigentlich das Negative nicht mehr thematisiert werden sollte. Ähnliches läuft jetzt ab: Die Menschen möchten nicht an das Negative erinnert werden. Sie befürchten auch, dass das für sie eine Hypothek im vereinten Deutschland sein könnte, so dass wir eher eine nachlassende Konjunktur dieser Beschäftigung damit haben. Wir wiederholen den Fehler von nach 1945, denn wir verdrängen, verklären eher mit Rücksicht auf die noch lebenden Menschen. Das ist das Problem von Zeitgeschichtlern, dass Zeitzeugen, je älter sie werden, um so mehr bedacht sind, ihr eigenes Leben in ein positives Licht zu stellen.

Heinzeller: Es fehlen natürlich auch die Figuren. Honecker ist tot und die anderen SED-Politgrößen sind allenfalls stark angeschlagene, alte Männer.

Schroeder: Leider sind auch die Prozesse gegen die Verantwortlichen nicht so abgelaufen, dass sie Aufklärung gebracht und Interesse geweckt hätten. Wir erleben aber jetzt, dass die zweite oder dritte Generation der noch in der DDR durch die SED sozialisierten Kader in der PDS nach vorne kommt und die zeichnen ein ganz anderes Bild, sowohl der PDS als auch der SED. Alleine dadurch entsteht eine Verklärung, dass man das Verknöcherte, das Innovationsfeindliche, das Reformfeindliche der alten SED in den Hintergrund rückt, da man von heute aus blickt und nicht aus der Situation heraus die Dinge betrachtet.

Heinzeller: Schauen wir nicht zu sehr aus Westsicht darauf? Wir im Westen sehen Gysi vorne an der Spitze der PDS stehen, einen schlagfertigen, unterhaltenden Mann, der auch modern wirkt. Wir blicken aber viel zu wenig auf jene, die aus den alten Kadern hochkommen und durchaus noch das verkörpern, was an Strukturen da war.

Schroeder: Diese Beurteilung von Gysi teile ich nicht. Ich finde, wenn man über die "Besserwissis" lächelt oder spottet, so ist der größte Besserwisser für mich Gysi, ein "Besserossi" sozusagen. Vielleicht ist er deshalb so beliebt im Osten und in Teilen des Westens. Es ist aber richtig, dass die wirkliche Basis der PDS nicht medial auftritt. Die Medien verhätscheln Leute wie z. B. Markus Wolf, der für die Unterdrückung verantwortlich war. Das ist schlimm, dass so ein Staatsterrorist medial noch hofiert wurde. Jetzt sind es Gysi,

Holter, Pau und andere, die sehr moderat auftreten und das Verknöcherte der PDS verdecken. Die PDS ist in vielerlei Beziehung noch die alte SED. Sie ist erst dabei sich zu verändern; sie ist noch nicht am Ende dieses Prozesses, und was dabei herauskommt, wird sich erst in fünf oder zehn Jahren zeigen.

Heinzeller: Wo sehen Sie dann die PDS? Kann man schon eine Prognose wagen?

Schroeder: Es war auch eine der größten Fehleinschätzungen westdeutscher Politiker und vielleicht auch Politikwissenschaftler, dass man 1989/90 glaubte, dass die PDS im Osten aussterben wird und nicht mehr über fünf Prozent im Bundestag kommt. Das war eine Fehlkalkulation, da man nicht berücksichtigt hat, dass die soziale Verankerung der SED und dann der PDS sehr stark ist in den neuen Ländern und die anderen Parteien es nicht geschafft haben, diese Dominanz vor Ort zu brechen. Die SPD ist so gut wie gar nicht verankert; die CDU stützt sich größtenteils auch auf die alten Kader, und die waren es gewohnt, stramm zu stehen, wenn der SED-Sekretär um die Ecke kam. Das hat sich bis heute in vielen Orten so gehalten. Meine Vermutung ist heute sogar, dass die PDS im Osten mittelfristig stärker als die SPD wird, was sie in einigen neuen Ländern schon ist. Im Westen wird sie weiterhin einen schweren Stand haben und ob sie hier über fünf Prozent kommt, weiß ich nicht. Die Entscheidung wird aber im Osten fallen, wenn die PDS deutlich stärker als die SPD wird. Dann könnte sich sogar die Frage einer Vereinigung von SPD und PDS stellen. Ich sehe als eine Möglichkeit am Horizont, dass es eine Fraktionsgemeinschaft SPD/PDS in vielleicht zehn Jahren geben wird, wo die PDS eine modernisierte, reformierte, sich auf den Osten konzentrierende Partei ist und die SPD sich auf den Westen konzentriert.

Heinzeller: Sie schließen sich also den Prognosen an, dass die PDS eine starke Regionalpartei nur für den Osten sein wird. Was bedeutet das dann für die Bundespolitik, für die Politik, die in Berlin gemacht wird und für die Koalitionsfähigkeit der PDS in Berlin?

Schroeder: Der Test läuft. Die PDS wird seitens der SPD und der Grünen über den Osten hoffähig gemacht. Ich denke, bei der übernächsten Bundestagswahl wird es eine Option der SPD sein, auch mit der PDS zu koalieren. Die Strategie der Bundes-SPD geht dahin, diesen Tabubruch über die Länder vorzubereiten und dann als Option im Bund durchzuführen. Das ist sozusagen das größere Übel. Geht es alleine mit den Grünen oder der FDP, wird sich die SPD so entscheiden. Reicht es aber nicht, wird man auch die PDS miteinbeziehen.

Heinzeller: Was muss inhaltlich in dieser Partei passieren? Reicht es, wenn sich die führenden Köpfe für die Toten an der Mauer entschuldigen?

Schroeder: Dieses Dilemma wird die PDS nie lösen können. Sie kann sich für alles Mögliche entschuldigen, aber wenn sie radikal den Dingen auf den Grund geht, müsste sie den Mauerbau als das sehen, was er war, nämlich als eine Bankrotterklärung des Systems. Es war klar, dass die DDR ohne die Mauer nicht fortbestehen konnte, und es war auch klar, dass die DDR ein Staat ohne Legitimation war. Würde das aber die PDS sagen, dann würde sie ihre eigene Legitimationsgrundlage in Frage stellen. Sie hat sich ja nicht neu gegründet, sich nicht gesamtdeutsch verstanden, sondern ist ganz bewusst in die Rechtsnachfolge gegangen. Diese Hypothek schleppt sie mit sich mit, die wird sie nicht überwinden können und muss sich hier herausreden. Sie wird sich programmatisch, ähnlich wie die SPD mit dem Godesberger-Programm, eine neue Fassade geben, die an der Basis nicht groß verankert ist. Wird die Führungsspitze etwas breiter, tritt sie moderater auf und agiert sie realpolitisch, dann wird die PDS in ein paar Jahren auch im Westen als eine akzeptable Partei wahrgenommen.

Heinzeller: Viele sagen, dass eine Regierungsbeteiligung noch jede Partei zahm

gemacht hat. Meinen Sie, dass das dann auch für die PDS zutreffen wird?

Schroeder: Man hat die PDS auf jeden Fall bisher damit nicht klein gemacht und entzaubert, weil sie in den Ländern immer argumentiert hat: Na ja, das sind die in Berlin, das ist der Bund und wir können nicht viel machen. Sie sieht auch in einigen Ländern besser aus als die SPD. Sie macht eine effizientere Sacharbeit, macht Vorschläge, die kaderpolitisch ihrem Klientel zugute kommen. Insofern wird sie dort erst aufgebaut. Im Bund hat sie nicht viel zu sagen. Sie wird in einzelnen Bereichen gestalten können. Diese Gestaltung wird so aussehen, dass sie ihrem Klientel Wahlgeschenke machen wird. Sie versucht, das zu überwinden, was 1989 eingeleitet wurde, dass man auch den Opfern und Bürgerrechtlern ein bisschen entgegenkommt. Hier hat aber das Verfassungsgericht schon Pflöcke gesetzt, die zugunsten der ehemaligen Täter und Verantwortlichen gehen. Hier muss die PDS nicht mehr viel selbst machen. Viele ehemalige Widerständige sind zynisch geworden und sagen, dass sich Zivilcourage nicht lohnt. Das ist auch das Ergebnis von zehn Jahren Vereinigungspolitik.

Heinzeller: Sie haben sich immer gegen eine generelle Amnestie ausgesprochen. Würden Sie sagen, dass sie aber schon schleichend durch die Hintertüre gekommen ist?

Schroeder: Ja, die rechtliche Aufarbeitung ist eher ein Witz. Sieht man sich die Zahlen an, wie viele dort verurteilt wurden und meist Freiheitsstrafen mit Bewährung erhielten, so war das eine Pflichtübung. Man wollte zeigen, dass es ein Unrecht war und dass es deshalb auch verfolgt wird. Eigentlich hat man eine Amnestie seit Jahren durch die Hintertüre oder durch das faktische Verfahren eingeführt. Der Fehler lag im Einigungsvertrag. Hier hat man sich auf das positive Recht bezogen und es ist sehr schwer, hier rechtlich überhaupt zu agieren. Viele Entscheidungen sind schon mit dem Einigungsvertrag gefallen. Hier war die westliche Seite viel moderater, als es heute erscheint, sowohl in bezug auf die ehemaligen Verantwortlichen, als auch auf das, was sozial und ökonomisch passierte.

Heinzeller: Wie sehen Sie in diesem Zusammenhang die Funktion der Gauck-Behörde?

Schroeder: Ich halte die Forschungsstelle der Gauck-Behörde für falsch. Ich habe es damals nicht für richtig gehalten und halte es heute auch für falsch, dass es Forscher gibt, die einen privilegierten Zugang zu Dingen haben, die andere Forscher nicht oder nur unter erschwerten Bedingungen nachkontrollieren können. Man sollte die zentrale Forschungseinrichtung so bald als möglich auflösen. Man sollte betroffenen Bürgern, sowohl aus der alten DDR wie auch aus der Bundesrepublik, noch die Möglichkeit der Akteneinsicht geben. Ich denke, die Gauck-Behörde ist bald Vergangenheit und wird nicht mehr im Zentrum der Auseinandersetzung stehen, zumal es den einschlägig Belasteten gelungen ist, es so zu relativieren und hinzustellen, als ob das alles nicht stimmt. Hier ist die öffentliche Meinung so, dass die Akten das eine und das Leben das andere ist. Das ist auch vom PDS-Umfeld geschickt gemacht, denn sie haben erreicht, dass die Akten nicht für bare Münze genommen werden.

Heinzeller: Wie ist das für Sie als Forscher? Kommen Sie an die Unterlagen heran? Konnten Sie sie für Ihre Arbeit verwenden?

Schroeder: Es gibt eine sehr lange Wartezeit, ehe man herankommt. Es wird fast alles gesperrt und man weiß nicht, ob noch andere Dinge da sind, da man nicht selbst recherchieren darf. Man muss angeben, welchen Bereich man bearbeiten will und dann bekommt man etwas vorgelegt und weiß nicht, ob es nicht noch mehr gibt. Ich glaube, wir sollten uns in der Wissenschaft nicht auf diese Hinterlassenschaften konzentrieren, denn das lenkt ab vom Wirklichen. Die Verantwortlichen waren die SED-Leute und das SED-Archiv bietet sehr viel Einblick in das Herrschafts- und Machtsystem der DDR.

Heinzeller: Wie konnte die SED diesen Staat aufbauen und so lange an der Macht bleiben? Warum ist die Macht so weggebröselst und weshalb wurde keine militärische Gewalt eingesetzt, als der Mauerfall nahte? Was haben Sie für Erkenntnisse darüber? Welche Strukturen waren es, die die SED 40 Jahre an der Macht gehalten haben, obwohl der wirtschaftliche Abschwung deutlich und spürbar war für die Menschen in der DDR?

Schroeder: Die DDR war ein Kind der Sowjetunion. Ohne die sowjetische Macht, die Gewaltandrohung durch sowjetische Panzer und Militär, wäre sie an jedem Tag ihrer Existenz zusammengebrochen. Das reicht natürlich nicht aus, um die Stabilität oder die Existenz zu erklären. Der zweite Grund ist die schon erwähnte Vertreibung der Eliten. Man hat eine eigene Elite etabliert, die SED-loyal war im kulturellen Bereich, Wirtschafts- und Bildungsbereich. Überall saßen SED-loyale Kader. Die würde ich klassifizieren mit fünfhunderttausend bis eine Million Personen. Sie haben im Mittelbau und an der Basis die SED-Herrschaft stabilisiert und ermöglicht, dass dieses System so lange funktionierte. Andererseits gab es in der Bevölkerung immer einen zumindest passiven Widerstand gegen dieses System. Es wurde nicht akzeptiert. Der Blick auf den Westen war bei einer Mehrheit der Bevölkerung immer dominant. Dies konnte die SED am 17. Juni und am 13. August nur durch Gewalt regulieren. In dem Moment – so meine These –, als die Gewaltandrohung entfiel, brach das System über Nacht zusammen und es war klar, dass es auf Sand gebaut war. Hinzu kam, dass die Kader der SED - also diese Fünfhunderttausend - auch nicht mehr an die Zukunft der SED glaubten. Es gab also eine Erosion der Ideologie, der Überzeugung. Dass keine Gewalt angewendet wurde, lag meines Erachtens daran, dass die Führung nicht mehr wusste, ob ihre Befehle durchgeführt werden würden oder ob es nicht sein könnte, dass sich z. B. Befehle zum Niederschlagen von Demonstrationen gegen sie selbst wenden würden. Als Honecker abgetreten war, glaubten die Nachfolger anscheinend, dass die Sowjetunion die DDR nicht aufgeben würde. Viele hofften nicht darauf, dass der Westen ihnen einen Neuanfang finanziert. Ich glaube, das war die Strategie von Krenz und Schabowski.

Heinzeller: Sie haben gesagt, dass die breite Bevölkerung immer sehr distanziert zu diesem Staat war. Welche Rolle hat das Westfernsehen gespielt, die Kontakte, die noch stattfanden, gerade nach den Ostverträgen? Nun waren auch intensivere Besuche bei der Familie oder Klassenfahrten möglich. Ich erinnere mich an eine Klassenfahrt in die DDR. Wir waren in einer Jugendherberge untergebracht, wo sich die ostdeutschen Jugendlichen nur die Reklame im Fernsehen ansahen.

Schroeder: Das ist ein zentraler Punkt, der auch das negative Bild der Vereinigung heute bestimmt. Viele Ostdeutsche hatten ein medial verzerrtes Bild der Bundesrepublik. Sie haben im Westfernsehen oft diese Serien gesehen, in denen Wohlstand überzeichnet wurde, und durch die Verwandtenbesuche geglaubt – weil sie auch oft sehr prahlerisch und gönnerhaft auftraten –, der Reichtum liege im Westen auf der Straße. Ich denke, heute orientiert sich der durchschnittliche Ostdeutsche an der Oberschicht in Westdeutschland. Er weiß gar nicht, wie der Wohlstand in Westdeutschland verteilt ist. Daher kommt die Frustration, denn zwei Drittel der ostdeutschen Bevölkerung hat inzwischen einen annähernd gleichen Einkommensstand wie die westdeutsche Gesellschaft, aber sie glauben, dass die Westdeutschen viel mehr haben. Es muss natürlich Frustration entstehen, wenn sie nicht einmal wissen, wie der Wohlstand verteilt ist, wie er durchschnittlich vorhanden ist, obwohl sie eigentlich eine Wohlstandsexplosion hinter sich haben. Ich habe es einmal auf der Zeitachse abgetragen: Das Haushaltseinkommen einer durchschnittlichen vierköpfigen DDR-Familie 1988/89 entsprach in etwa einem Wohlstandsniveau einer westdeutschen Familie von Mitte/Ende der 50er Jahre. Man muss sich vorstellen, welche Lücke hier vorhanden war, was sich über Jahrzehnte in der alten Bundesrepublik an Wohlstand

entwickelte. Das ging in Ostdeutschland über Nacht in den ersten fünf Jahren und trotzdem sind die Menschen enttäuscht und frustriert. Das kann nur damit zusammenhängen, dass sie völlig überzogene Erwartungen hatten.

Heinzeller: Auf der anderen Seite empfanden sie auch die Westdeutschen als die "Plattmacher", die nach der Wende in die ehemalige DDR gingen. Auch die Treuhandanstalt spielt hier eine wichtige Rolle. Die Betriebe wurden plattgemacht und die Leute verloren ihren Arbeitsplatz.

Schroeder: Das ist etwas schwieriger und komplexer zu vermitteln. Die DDR-Betriebe waren nicht konkurrenzfähig. Blicken wir nach Ost- und Mitteleuropa, so können wir erleben, wie es anders hätte gehen können, nämlich eine Abwertung der Währung auf den Produktivitätsstand. Das hätte für die neuen Länder bedeutet, die DDR-Mark 1:5 abzuwerten, dann wären viele Betriebe konkurrenzfähig gewesen. Das ist in Tschechien so passiert. Da man aber 1:1 bei den Löhnen und den Sparguthaben wollte, hat man den Betrieben eine schwere Hypothek aufgeladen. Bei der Treuhandpolitik gab es im Detail viele Schweinereien, aber ich glaube nicht, dass es mehr Wirtschaftskriminalität gab als ohnehin. Hätte man noch mehr subventioniert, hätte man die Hypothek über Jahrzehnte immer weiter geschleppt. Das erleben wir jetzt im Allgemeinen zwischen Ost und West. Die Treuhandpolitik war ohne Alternative. Vielleicht hätte man mehr Management und Belegschaftsarbeit machen können, um den Beteiligten mehr Verantwortung zu geben. Das scheint mir ein Fehler gewesen zu sein. Ansonsten ging es nicht anders. Der Markt hätte nicht zugelassen, dass die DDR-Betriebe überleben. Nicht nur die westdeutschen Politiker, sondern auch die ostdeutsche Bevölkerung haben den Zustand der DDR-Wirtschaft überschätzt und sind der SED-Propaganda auf den Leim gegangen. Heute wissen wir, dass die Wirtschaftskraft der DDR ungefähr ein Drittel war und die Produktivität pro Erwerbsstunde sogar nur 20 Prozent. Wie will man da eine Wirtschaft aus dem Stand auf 100 Prozent katapultieren?

Heinzeller: Das ist der wirtschaftliche Aspekt. Der politische Aspekt ist, dass gerade die politisch engagierten DDR-Bürger sagten, dass mit der Einigung eine Chance vertan wurde, eine gemeinsame Verfassung zu finden, anstatt einfach nur das Grundgesetz zu übernehmen. Wie sehen Sie das?

Schroeder: Die Bürgerrechtler sind hier von ihrer Bevölkerung bei den ersten und auch bei den nachkommenden Wahlen abgestraft worden. Das lag daran, dass die breite Masse kein weiteres Experiment wollte, keinen dritten Weg, der diskutiert wurde. Sie wollten die schnelle Vereinigung, die schnelle D-Mark, den schnellen Wohlstand, die schnelle Reise, was auch immer. Hier gab es aufgestaute Konsumbedürfnisse, die man vom Westen her gar nicht kritisieren sollte, denn das hat sich im Westen auch alles vollzogen. Es gab überhaupt keine Basis für diesen dritten Weg. Die Frage der Verfassung sehe ich auch etwas zwiespältig. Vielleicht hätte man das Grundgesetz beibehalten, aber eine Abstimmung machen können, um das Gefühl gemeinsamer Identität ein bisschen herauszufordern. Das wäre nicht falsch gewesen, aber grundsätzliche Veränderungen an der Verfassung waren nie opportun. Sie hat sich bewährt und ist im Laufe der Jahre auch ergänzt worden, aber sie wurde von den Westalliierten, den Westdeutschen geschaffen. Die Ostdeutschen empfinden das Regelwerk und die Institutionen nicht als die ihren und haben mit ihnen nichts zu tun. Sie wollten sie aber immer haben, weil sie sie mit Wohlstand gleichgesetzt haben, aber eigentlich fühlen sie sich dem gegenüber ein bisschen fremd. Sehen Sie sich die Umfragedaten zum demokratischen System, zum Wirtschaftssystem an: Nicht mal jeder Dritte steht aktiv dazu. Im Westen sind es ungefähr zwei Drittel. Es ist nicht so, dass sie mehrheitlich die alte DDR wiederhaben wollen, aber sie sind noch fremd und desorientiert im

vereinten Deutschland.

Heinzeller: Hängt das auch damit zusammen, dass es so wenig ostdeutsche Führungseliten gibt?

Schroeder: Ja, das hat sicherlich auch diesen Hintergrund, wobei ich mir nicht im Klaren bin, ob es diese alternativen Eliten überhaupt gegeben hat. Es war 1989 nicht das Gebot der Stunde, die alten SED-Eliten zu nehmen. Die Gegenelite, die Bürgerrechtler, wurden von der Bevölkerung nicht ernst genommen. Es gab diese Elite gar nicht und sie ist erst jetzt nachgewachsen und man kann nur hoffen, dass in diesen Ländern, wenn die alternden westdeutschen Ministerpräsidenten abtreten, Politiker nachwachsen, die in den jeweiligen Ländern geboren sind oder dort gelebt haben. Auch in anderen Bereichen geht es nicht mehr um Ost- oder Westdeutsche, wie z. B. im kulturellen oder wissenschaftlichen Bereich. Es ist eine Frage der Zeit, wann die Herkunft der Eliten keine Rolle mehr spielen wird.

Heinzeller: In Ihrem Buch "Der Preis der Einheit" schreiben Sie, dass die Lage besser ist als die Stimmung und zählen u. a. auch den Wohlstandsschub auf. Woran liegt es dann, dass die Stimmung so viel schlechter ist als die Lage? Liegt das nur an der falschen Information und Vorstellung?

Schroeder: Zum einen liegt es an den falschen Erwartungen, aber auch an der öffentlichen Debatte, die die Probleme überzeichnet und die Erfolge verniedlicht. Es liegt vor allem an der Psychologie, der Mentalität, der Vorgeschichte. Die Westdeutschen sind immer noch sehr selbstbewusst, weil sie wissen, dass das ein System ist, das sie aufgebaut haben, das wirtschaftlich prosperiert; auf diese Leistung können sie stolz sein. Die Ostdeutschen wissen, dass sie in einem System leben mussten, das Pleite gegangen ist; sie kamen aber selbst nicht dagegen an. Diese Psychologie, die so gar nicht stimmt, dass der Westler auch als Person der Sieger der Auseinandersetzung ist, hat sich in den Köpfen der Westdeutschen verankert. Sie denken, dass sie die Sieger der Geschichte sind, und viele blicken auf die Ostdeutschen herab, während umgekehrt die Ostdeutschen sich als die Verlierer des Wettbewerbs verstehen, obwohl es das System war. Sie unterscheiden nicht zwischen System und Lebenswelt, sondern sie fühlen sich von den Westdeutschen in die Verliererrolle gepresst und trotz aller materieller Erfolge fühlen sie sich auch so. Der dritte, vielleicht entscheidende Punkt ist die Abhängigkeit. Jeder weiß, dass der Osten bisher und auch in nächster Zukunft vom Westen abhängig sein wird. Jede Abhängigkeit geht ein Stück weit mit Entmündigung einher und mit dem Gefühl, dass man von dem Wohlwollen des anderen abhängt. Deshalb halte ich es für einen katastrophalen Fehler, dass man bei dem verabschiedeten Solidarpakt in diesem Jahr nicht die Sonderförderung Ost aufgehoben und eine gesamtdeutsche Strukturförderung eingeführt hat. Man hätte das gleiche Volumen anders genannt und verteilen können. Dann wäre das mit dem Aufbau Ost und der Förderung verbundene Gefühl etwas verschwunden. Ein bisschen mehr Psychologie, mehr Fingerspitzengefühl, hätte ich den Politikern gewünscht.

Heinzeller: Wann sind wir so weit, dass wir nicht mehr von Ost- und Westdeutschland reden und genau das geschafft haben?

Schroeder: Vielleicht in 20 Jahren.

Heinzeller: Dann läuft der Solidarpakt aus.

Schroeder: Ob er dann ausläuft, weiß ich nicht. Wir wissen ja von subventionierten Bereichen: Wenn man sich erst einmal an Subventionen gewöhnt hat, dann möchte man sie weiter erhalten. Wenn man sich erst einmal an die Abhängigkeit gewöhnt hat, dann lebt es sich ganz gut in Abhängigkeit. Vieles ist Psychologie. Ich glaube, dass manches Aufgeregte verschwinden

und schon in den nächsten Jahren Normalität eintreten wird. Wir stehen vor globalen Herausforderungen und da wirkt dieser Ost-West-Streit geradezu kleinkariert. Lösen Ost und West nicht gemeinsam diese Herausforderung, dann wird es nie gemeinsam nach oben gehen. Wenn das nicht allen klar wird, dass man gemeinsam die Dinge bewältigen muss, dann haben wir nur die Alternative gemeinsam abzustiegen. Ich hoffe nicht, dass es dazu kommen wird.

Heinzeller: Ich danke Ihnen für dieses interessante Gespräch. Bei uns zu Gast hier im Alpha-Forum war heute der Politikwissenschaftler Dr. Klaus Schroeder von der Freien Universität Berlin.

© Bayerischer Rundfunk